

Nadja Douglas

Öffentliche Kontrolle der Streitkräfte in der Russischen Föderation



Springer VS

Öffentliche Kontrolle der Streitkräfte in der Russischen Föderation

„Dieses einzigartige Buchprojekt befasst sich mit den Beziehungen zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und staatlichen Machtstrukturen im postsowjetischen Russland. Es handelt sich hierbei um einen wichtigen Fall, in dem Putins neoautoritäre Herrschaft der Zivilgesellschaft wenig Raum lässt, ihre zentrale Rolle als Kontrolle der Macht des Militärs (und des Einsatzes des Militärs durch den Staat zur Kontrolle der Gesellschaft) wahrzunehmen. Dies sind wichtige Themen. Russland ist vielleicht ein extremes Beispiel, aber - angesichts seiner Macht und seines Agierens auf der internationalen Bühne - eines, das dennoch kritisch zu analysieren ist. Dies ist ein Buch, das ich und alle anderen Experten auf diesem Gebiet unbedingt gelesen haben müssen.“

— **Christopher Marsh**, *Professor für nationale Sicherheit und strategische Studien, US Army School of Advanced Milit Studies (Zitat übersetzt aus dem Englischen)*

Nadja Douglas

Öffentliche Kontrolle der Streitkräfte in der Russischen Föderation



Springer VS

Nadja Douglas
Berlin, Deutschland

ISBN 978-3-031-20494-4 ISBN 978-3-031-20495-1 (eBook)
<https://doi.org/10.1007/978-3-031-20495-1>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <https://portal.dnb.de> abrufbar.

Übersetzung der englischen Ausgabe: „Public Control of Armed Forces in the Russian Federation“ von Nadja Douglas, © Springer Nature Switzerland AG 2017. Veröffentlicht durch Springer International Publishing. Alle Rechte vorbehalten.

Die Übersetzung wurde mit Hilfe von künstlicher Intelligenz durchgeführt. Eine anschließende Überarbeitung erfolgte durch Wolfgang Pfann, vor allem in Bezug auf die sprachliche Umsetzung.

© Der/die Herausgeber bzw. der/die Autor(en), exklusiv lizenziert an Springer Nature Switzerland AG 2024

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von allgemein beschreibenden Bezeichnungen, Marken, Unternehmensnamen etc. in diesem Werk bedeutet nicht, dass diese frei durch jedermann benutzt werden dürfen. Die Berechtigung zur Benutzung unterliegt, auch ohne gesonderten Hinweis hierzu, den Regeln des Markenrechts. Die Rechte des jeweiligen Zeicheninhabers sind zu beachten.

Der Verlag, die Autorin und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autorin oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Planung/Lektorat: Jan Treibel

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Nature Switzerland AG und ist ein Teil von Springer Nature.

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Gewerbestrasse 11, 6330 Cham, Switzerland

*Allen mutigen Aktivisten in Russland und anderswo, die hartnäckig
bleiben in ihrem Kampf gegen Militarismus.*

*Diese Monographie wurde als Dissertation von der Kultur-, Sozial- und
Bildungswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin
im Jahr 2016 angenommen.*

DANKSAGUNG

Das Ergebnis einer Dissertation kann nie der Autorin allein zugeschrieben werden. Viele verschiedene Menschen haben ihren Teil zu diesem Mosaik beigetragen und haben diese Erfahrung für mich nicht nur herausfordernd, sondern auch bereichernd gemacht. Ihnen allen bin ich persönlich zu großem Dank verpflichtet.

An erster Stelle möchte ich meinen Interviewpartnern für ihre Zeit und ihre Bereitschaft danken, ihre Erfahrungen mit mir zu teilen.

Ich danke meiner Betreuerin, Prof. Dr. Silvia von Steinsdorff, für die vielen Orientierungshilfen und die Unterstützung über die Jahre und dafür, immer ansprechbar und offen für neue Ideen gewesen zu sein. Ebenso herzlichen Dank an Prof. Dr. Franz Kernic aus Zürich, der die Aufgabe des externen Gutachters übernommen hat, sowie an Dr. Sandra Schwindenhammer, die sich bereit erklärt hat, als dritte Gutachterin mitzuwirken.

Die Realisierung dieses Projekts wäre ohne die finanzielle und logistische Unterstützung der Berlin Graduate School of Social Sciences und der DFG kaum möglich gewesen. Ich möchte dem BGSS-Personal danken, das immer ein offenes Ohr für alle Arten von Fragen und Bedenken hatte. Das Forschungskolloquium am Institut für Sozialwissenschaften war eine unerschöpfliche Quelle der Inspiration für mich, zum Austausch von neuen Gedanken und Ideen. Am allerwichtigsten ist mir jedoch meinen Kollegen in Berlin und meinen Freunden an verschiedenen Orten der Welt zu danken, für den kontinuierlichen Austausch, motivierendes

Feedback und die vielen inspirierenden Momente, die mich am Laufen gehalten haben.

In Russland möchte ich der Higher School of Economics in Moskau dafür danken, dass sie meinen Forschungsaufenthalt 2012/2013 ermöglicht, mich mit einer Reihe interessanter Menschen in Kontakt gebracht und mir Gelegenheit gegeben hat, meine Forschung dort vorzustellen. Ich möchte meinen großartigen russischen Freunden danken, ohne die viele Hindernisse unüberwindbar gewesen wären.

Im Jahr 2014 wurde ich als Gast-Doktorandin am Aleksanteri-Institut in Helsinki aufgenommen und bin dankbar, dass ich von den dort ansässigen sowie den Gastwissenschaftlern wertvolle Ratschläge erhalten habe. Beide Forschungsaufenthalte wurden großzügig vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) finanziert.

Desweiteren bin ich dem Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr (ZMSBw) dankbar, das zur Veröffentlichung dieses Buches finanziell beigetragen hat.

Ein ganz besonderer Dank gebührt Varvara Filippova für ihre unschätzbare Hilfe bei der Transkription großer Teile meiner Interviewdaten sowie Hillary Crowe für die wundervolle Arbeit, die sie beim Lektorat der Arbeit geleistet hat.

Schließlich bin ich meinen Eltern zu Dank verpflichtet, die mich immer ermutigt haben, und Jens für seine unglaubliche Geduld mit mir in den letzten Jahren.

INHALTSVERZEICHNIS

1	Einleitung	1
1.1	Wandel der Gesellschaft-Militär-Beziehungen	5
1.2	Bestehende Forschung und theoretische Grundlagen	6
1.3	Wesentliche Annahmen und Untersuchungsgegenstand	10
1.4	Warum Russland?	11
1.5	Rekrutierung und Wehrpflicht als besonderer Schwerpunkt	12
1.6	Methodische Aspekte	13
1.7	Aufbau des Buches	15
	Literatur	20
	Teil I	
	Warum sich mit „öffentlicher Kontrolle“ befassen und aus welchem theoretischem Blickwinkel?	
2	Ein Blick auf das „große Ganze“	25
2.1	Politisch-philosophische Überlegungen	25
2.2	Veränderungen im Sicherheitsumfeld	30
2.3	Emanzipierung gesellschaftlicher Kräfte	33
2.4	Theoretische Perspektiven	35
	Literatur	51

3	Unterschiedliches Verständnis von „ziviler Kontrolle“	57
3.1	Neue Kriterien für zivile Kontrolle aus westlicher Perspektive	58
3.2	Traditionelle Ansichten zur zivilen Kontrolle im russischen Kontext	60
3.3	Ein Debattenvergleich	62
	Literatur	67
4	Überarbeitung des Rahmens der zivilen Kontrolle	71
4.1	Infragestellung des bisherigen Rahmens der zivilmilitärischen Beziehungen	72
4.2	Verbesserung der Regierungsführung im militärischen Bereich	78
4.3	OSZE-Verhaltenskodex als Normreferenz	81
4.4	Grundpfeiler eines erweiterten Modells der zivilen und öffentlichen Kontrolle	84
4.5	Das Spektrum der gesellschaftlichen Akteure	96
4.6	Defizite demokratischer ziviler Kontrolle auf internationaler Ebene	101
4.7	Schlussfolgerung	103
	Literatur	113

Teil II Empirische Fallstudie – Postsowjetisches Russland

5	Institutionalisierte Formen der zivilen Kontrolle	121
5.1	Aufkommen und Entwicklung der "Volkskontrolle" im sowjetischen Russland	122
5.2	Transformationprozesse während der postsowjetischen Periode	125
5.3	Dysfunktionale demokratische Institutionen: Parlament und Justiz	129
5.4	Die formale Integration gesellschaftlicher Akteure: Öffentliche Beratungsgremien	146

5.5	Vermittler zwischen Staat und Gesellschaft: Der russische Menschenrechtsbeauftragte	160
5.6	Schlussfolgerung	168
	Literatur	183
6	Heterogene Landschaft der Graswurzel-Initiativen	193
6.1	Staat-Gesellschafts-Beziehungen in Russland	194
6.2	Graswurzelorganisationen, die sich dem Monitoring staatlicher Machtstrukturen widmen	195
6.3	Merkmale von Aktivismus im Sicherheits- und Verteidigungsbereich	198
6.4	Kategorisierung der im militärischen Bereich aktiven Organisationen	206
6.5	Schlussfolgerung	220
	Literatur	231
7	Die „öffentliche Kontrolle“ der Streitkräfte als gesellschaftliche Praxis	237
7.1	Anwendung der Theorie der gesellschaftlichen Praxis	238
7.2	Narrative verstehen: Vier Dimensionen der „öffentlichen Kontrolle“	240
7.3	Schlussfolgerung: Potenzial für Institutionalisierung	302
	Literatur	313
8	Der Prozess des Einflusses von bürgerlichem Aktivismus auf die Militärgesetzgebung (AGS-Gesetz)	319
8.1	Fallorientiertes „Process Tracing“	321
8.2	Die Problematik der Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen	323
8.3	Quellen von internem und externem Druck	328
8.4	Wesentliche Konfliktpunkte in der Auseinandersetzung	330
8.5	Hinweise für den mehrdimensionalen Einfluss von zivilgesellschaftlichen Akteuren	332
8.6	Implementierung des AGS-Gesetzes	348
8.7	Zivilgesellschaftliche Unterstützung bei Klagen von Wehrdienstverweigerern vor russischen Gerichten	350
8.8	Schlussfolgerung	351
	Literatur	360

9	Schlussbetrachtung	365
9.1	Wesentliche konzeptionelle und empirische Erkenntnisse	365
9.2	Schlussfolgerungen bezüglich der Gültigkeit des konzeptionellen Rahmens	372
9.3	Schutz von Soldatenrechten: Emotionaler Impuls oder bürgerliche Pflicht?	375
9.4	Auswirkungen des zivilgesellschaftlichen Engagements in Russland: inkrementeller Wandel oder Stagnation?	376
9.5	Potenzial und Fallstricke der Institutionalisierung der öffentlichen Kontrolle	378
9.6	Auswirkungen auf die Staatsbürgeridentität, das politische System und die Demokratie	381
	Literatur	386
	Anhang: Liste der Interviewpartner	389

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AGS/AZD	Alternativer Zivildienst (auf Russisch: <i>Al'ternatiwnaja Graschdanskaja Sluschba</i>)
CoC	OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit
CoE	Europarat
CMR/ZMB	Zivil-Militärische-Beziehungen
CSM/KSM	Komitee der Soldatenmütter (allgemeiner Begriff)
CSMR/KSMR	Komitee der Soldatenmütter Russlands (in Moskau ansässige Dachorganisation von landesweiten Komitees, das sich 1996 von der aktuellen UKSMR abgespaltete, siehe unten)
CSO	Zivilgesellschaftliche Organisation
ECtHR/EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
FTP	Föderales Programm für Zielvorgaben
FSC/FSK	Forum für Sicherheitskooperation (OSZE)
HRC	Menschenrechtsbeauftragter
MoD	Ministerium für Verteidigung
NGO	Nichtregierungsorganisation
ONK/OKK	Öffentliche Kontrollkommission (auf Russisch: <i>Obshtchestwennaja Nabljudatel'naja Komissija</i>)
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
PACE	Parlamentarische Versammlung des Europarats
PC	Zivilgesellschaftskammer
PCB/ÖBG	Öffentliches Beratungsgremium

XIV ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

SMR	Gesellschaft-Militär-Beziehungen
SMSP	Soldatenmütter St. Petersburg
SPS	Union der Rechten Kräfte (auf Russisch: <i>Sojus Prawich Sil'</i>)
SSG	Sicherheitssektor-Governance
SVOP	Rat für Auswärtige und Verteidigungspolitik (auf Russisch: <i>Sowet po Wneschnei Oboronnoi Politike</i>)
SZGD	Stenografien der Sitzungen der Staatsduma (auf Russisch: <i>Stennogrammy Sasedani Gosudarstwennoi Dumy</i>)
SZRF	Sammlung von Rechtsdokumenten der Russischen Föderation (auf Russisch: <i>Sobranie Sakonadatel'stwa Rossiiskoi Federatsi</i>)
UCSMR/UKSMR	Union der Komitees der Soldatenmütter Russlands (gegründet nach der Abspaltung der ursprünglichen KSMR im Jahr 1996, siehe oben)
MPD	Junge Menschenrechtsbewegung (auf Russisch: <i>Molodjoschnoe Prawozaschitnoe Dwischenie</i>)

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abb. 4.1	Arten und Bereiche von Kontrolle	85
Abb. 4.2	Erweitertes Konzept der zivilen Kontrolle	95
Abb. 4.3	Bumerangeffekt (basierend auf Keck und Sikkink 1998, 13; Abb. 1)	100
Abb. 6.1	Wehrpflicht- vs. Freiwilligenarmee (basierend auf Lewada-Meinungsumfragen von 1998–2015, 21. Februar 2015)	201
Abb. 6.2	Evaluierung der russischen Streitkräfte (basierend auf einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts VTsIOM zwischen 1998 und 2014, 29. April 2014)	202
Abb. 7.1	Akteure und Dimensionen der „öffentlichen Kontrolle“	241
Abb. 8.1	Zeitleiste für die „Process Tracing“-Analyse	322
Abb. 8.2	Medienberichterstattung zum Thema „AGS“ zwischen 2000 und 2006 (Zusammenstellung auf der Grundlage von drei in der Medien-Suchmaschine Integrum eingegebenen Suchbegriffen)	333
Abb. 8.3	Anzahl der eingegangenen und angenommenen AGS-Anträge (basierend auf den Zahlen der Broschüre „Bürger. Armee. Gesetz“ und der „Rostrud“-Webseite; aktuelle Zahlen für 2016 nur teilweise verfügbar)	354

TABELLENVERZEICHNIS

Tab. 2.1	Wandel des Sicherheitsbegriffs (übernommen von Hänggi 2003, 5)	32
Tab. 4.1	Prinzipien der demokratischen Sicherheitssektor-Governance (SSG)	81
Tab. 6.1	Typologie der Organisationen	208
Tab. 8.1	Übersicht über den Gesetzgebungsprozess des föderalen Gesetzes „Über den Zivildienst“	341

REDAKTIONELLE ANMERKUNG

Die Originalausgabe ist 2017 bei Palgrave Macmillan erschienen. Die vorliegende Übersetzung enthält keine Aktualisierungen.

Die Transliteration im ursprünglichen Text basiert auf dem britischen Standard-Schema für die Transliteration von kyrillischen Zeichen, welche teilweise in der deutschen Übersetzung durch die Duden-Umschrift ersetzt wurde. Die in Russland verwendeten diakritischen Zeichen wurden ausgelassen, mit Ausnahme der weichen und harten Zeichen. Bekannte Namen werden in ihrer populären Form geschrieben (z. B. Jelzin anstelle von El'tsin).

Alle Übersetzungen aus dem Russischen (sowie Deutschen und Französischen) stammen von der Autorin.

Alle Angaben zu Online-Quellen und Webseiten wurden, sofern nicht anders angegeben, im Januar 2017 letztmalig überprüft und abgerufen. In der deutschen Übersetzung aus dem Englischen wurde aus übersetzungstechnischen Gründen auf eine gendersensible Sprache verzichtet.



KAPITEL 1

Einleitung

„Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen“

(Karl Marx, Der achtzehnte Brumaire des Louis Napoleon, 1852, erstes Kapitel).

Im Zusammenhang mit Krieg und Konflikten in der Ukraine und im Nahen Osten hat Russlands politische Führung innerhalb eines Zeitraums von weniger als zwei Jahren zweimal die Zustimmung des russischen Föderationsrates erhalten, auf ausländischem Territorium militärische Gewalt anzuwenden.¹ Dies ist weniger ein Anzeichen für eine starke parlamentarische Kontrolle durch die russische Legislative als vielmehr ein Indikator für das Wiedererstarken Russlands als internationaler militärischer Macht und Akteur im Bereich Sicherheit.

Während Russlands außen- und verteidigungspolitische Strategien sowie seine militärischen Fähigkeiten dieser Tage in den internationalen Medien diskutiert werden, ist wenig über die inneren Verhältnisse des dortigen militärischen Sektors wie auch speziell über die gesellschaftlich-militärischen Beziehungen bekannt. Es gibt erhebliche Bedenken, dass Russland gleichermaßen zu einem Zustand der äußeren Militarisierung (Anstieg des militärischen Budgets um 5,9 % von 2015 zu 2016, laut SIPRI²) und zu einer inneren Militarisierung zurückkehrt, die

Nationalismus und militarisierten Patriotismus fördert (siehe Le Huérou und Sieca-Kozłowski 2008; Sperling 2009; Sieca-Kozłowski 2010). Russlands Remilitarisierung ist jedoch kein vereinzelt und isoliertes Phänomen. Die allgemeine Wiederbelebung des Einsatzes militärischer Mittel für das nationale und internationale Krisenmanagement ist offensichtlich.

In diesem Zusammenhang ist eine Tendenz zu beobachten, sich an die Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) von 1975 und ihren ersten Abschnitt zu erinnern, in dem sich die Vertragsparteien zu Abrüstung und Vertrauensbildung verpflichten. Das Abkommen von Helsinki basierte auf der Anerkennung der Tatsache, dass Sicherheit und Stabilität zwischen den Staaten nicht nur durch ein Ungleichgewicht im Hinblick auf das Rüstungsarsenal und durch aggressive militärische Doktrinen, sondern auch durch einen Mangel an Vertrauen in die inneren Kontrollfähigkeiten über die jeweils anderen Streitkräfte bedroht werden. Zum ersten Mal wurden in den internationalen Verhandlungen zwischen den Staaten auch innenpolitische Angelegenheiten, wie das Verhältnis zwischen Bürgern und Staat, zum Gegenstand gemacht.

Eine der Folgen der KSZE-Konferenz war, dass in vielen Ländern, sowohl östlich als auch westlich des „Eisernen Vorhangs“, Helsinki-Gruppen gegründet wurden. Diese Organisationen berichteten nicht nur über die Menschenrechtslage und Menschenrechtsverletzungen in ihren jeweiligen Ländern, sondern trugen auch zur Schaffung eines transnationalen zivilgesellschaftlichen Netzwerks bei, das unter anderem Transparenz und Rechenschaftspflicht in Fragen von Sicherheit und Verteidigung forderte.³ So wurden „Vorschläge für neue Sicherheitsansätze von Staaten durch eine neue Schwerpunktsetzung auf die transnationale Rolle von Bürgern“ (Kaldor 2003, 61) begleitet. Tatsächlich wurden und werden zahlreiche Vereinbarungen und internationale Normen, an die sich Staaten später im Rahmen der KSZE und späteren OSZE gebunden haben, von lokalen Bürgerrechtsgruppen in Osteuropa und Russland als Instrument genutzt, um ihre Regierungen an diese Verpflichtungen zu erinnern. Eines jener Dokumente, das 1994 auf dem OSZE-Gipfel in Budapest verabschiedet wurde, ist der Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit (CoC). Diese Vereinbarung gilt nach wie vor als Eckpfeiler für die politische Führung von Streitkräften in demokratischen Gesellschaften. Sie enthält Prinzipien für die demokratische politische Kontrolle von Streitkräften.⁴ Die im OSZE-Verhaltenskodex festgelegten Bestimmungen und Normen sind jedoch noch

weit davon entfernt, umgesetzt zu werden. Tatsächlich herrschen unter den westlichen Staaten unterschiedliche Auffassungen darüber, welche Anforderungen an ein „demokratisches Verständnis“ von ziviler Kontrolle zu erfüllen sind. Vergleichende Studien (siehe zum Beispiel Wagner und Peters 2011) haben gezeigt, dass in der Mehrzahl der heutigen Demokratien die Kontrolle über die Streitkräfte und die Entscheidungsfindung über die Verwendung und Verlegung militärischer Macht weiterhin mangelhaft ist und de facto ein Vorrecht der Exekutive bleibt.

Selbst wenn die Exekutive die Streitkräfte formell in dem Ausmaß kontrolliert, dass das Risiko einer Einmischung des Militärs in die staatliche Politik eingedämmt wird, können jeglicher Missbrauch innerhalb der Struktur der Streitkräfte und Misswirtschaft im militärischen Sektor durch die Entscheidungsträger der Eliten die zivile Kontrolle immer noch untergraben. Im Extremfall sind die Akteure auf der institutionellen Ebene sich dieses Problems gar nicht bewusst. Dies ist ein Hinweis darauf, dass es von höchster Wichtigkeit ist, weitere Konfliktlinien im Verhältnis zwischen Zivilgesellschaft und Militär in Betracht zu ziehen. Das vorliegende Buch plädiert dafür, dass bürgerschaftliches Engagement mehr Aufmerksamkeit verdient. Betroffene Einzelpersonen, Interessenvertretungen, zivilgesellschaftliche Experten, Journalisten, soziale Bewegungen und die Gesellschaft insgesamt spielen aufgrund des Einflusses der öffentlichen Meinung heute eine immer wichtigere Rolle in Sicherheits- und Verteidigungsfragen. Einige Aktivitäten beziehen sich auf den Schutz von Soldatenrechten und PTBS-Selbsthilfegruppen⁵, andere kommen zum Beispiel in Anti-Kriegs-Protesten zum Ausdruck, wieder andere bestehen in der Überwachung von Entscheidungsprozessen zum Einsatz militärischer Gewalt durch zivilgesellschaftliche Experten. Ich werde diese sehr unterschiedlichen Praktiken, die dennoch viel gemeinsam haben, unter der Kategorie „öffentliche Kontrolle“ fassen. Diese Form der Kontrolle und Überwachung der Streitkräfte stellt einen wichtigen kompensatorischen Mechanismus bzw. ein „Korrektiv“ für mangelnde Kontrolle auf institutioneller Ebene dar. Sie gründet auf einem Verständnis von Kontrolle als einem Überprüfungsmechanismus im Hinblick auf Abweichungen von der Norm. Solche Abweichungen sind in jedem Staat wahrscheinlich, unabhängig von seinem Regierungssystem. Während die bisherige Forschung zum schwierigen Thema der zivilen Kontrolle sich hauptsächlich auf die Analyse konsolidierter „westlicher“ Demokratien und von Transformationsstaaten konzentrierte, ist es das Vorhaben dieses Buches, das Phänomen der zivilgesellschaftlichen,

vor allem öffentlichen Kontrolle der Streitkräfte in einem autoritären Kontext zu beleuchten.

Die Beziehungen zwischen Gesellschaft und Militär in Russland und insbesondere der Zustand der russischen Streitkräfte haben das Potenzial, dieses konfliktbehaftete Thema zu verdeutlichen: Wiederkehrende Vorfälle mit schweren Misshandlungen und Menschenrechtsverletzungen, besonders gegen Wehrpflichtige, stagnierende militärische Reformen, repressive Rekrutierungsverfahren, Zwangsarbeit und eine jährliche Todesrate von 3 % in Friedenszeiten (Peredruk 2013) sind nur einige der Indikatoren, die die Ergebnisse eines dysfunktionalen Systems institutioneller Kontrolle veranschaulichen.

Verschiedene Gruppen ziviler Aktivisten in Russland haben in der Vergangenheit versucht, der starken Militärlobby und einer auf den Gebrauch von Waffengewalt ausgerichteten politischen Entscheidungsfindung entgegenzutreten. Die gegenwärtigen militärischen Operationen haben an Komplexität gewonnen und sind daher in Bezug auf ihre politischen und militärischen Folgen und Implikationen weniger eindeutig als beispielsweise die zurückliegenden militärischen Operationen in Tschetschenien oder Südossetien. Daher ist es für zivile Aktivisten heute schwieriger geworden, öffentliche Kontrolle auszuüben, Widerstand zu zeigen, Militäreinsätze zu untersuchen und dem Schicksal einzelner Wehrpflichtiger und Vertragssoldaten nachzugehen, die in Kampfgebiete geschickt werden.

Die Selbstwahrnehmung der russischen Zivilgesellschaftsorganisationen (ZGOs)⁶, die sich dem Schutz der Rechte von Soldaten und der Überwachung des Militärs widmen, ist für eine Analyse unter dem Fokus von Lobbyarbeit und „Contentious Politics“ gut geeignet. Zweifellos gehören Wehrpflichtige und Wehrdienstverweigerer⁷ gleichermaßen zu den am meisten benachteiligten und vulnerablen Personengruppen in der russischen Gesellschaft. Wie im Laufe dieses Buches gezeigt wird, ist daher die Vorstellung von „öffentlicher Kontrolle der Streitkräfte“ im russischen Kontext in ihrer Bedeutung gleichzusetzen mit dem „Schutz“ und der „Verteidigung“ der Menschen- und Bürgerrechte dieser Gruppen gegen willkürliche staatliche Machtausübung. Zu diesem Zweck entstand in den 1990er/frühen 2000er Jahren im ganzen Land ein Netzwerk von Graswurzel-Organisationen⁸, darunter die Komitees der Soldatenmütter (CSMs)⁹, aber auch verschiedene Bürger- und Menschenrechtsorganisationen sowie Lobbynetzwerke, die sich für junge Männer und ihre Familien einsetzen, um ihre Rechte zu schützen und ein wachsames Auge auf den russischen Militärapparat zu haben. So wur-

den ab dem Zweiten Tschetschenien-Krieg¹⁰ Verstöße innerhalb des Militärs in der Öffentlichkeit bekannter, die Straffreiheit für Militärorgane wurde angefochten, Bemühungen zur Humanisierung der Streitkräfte nahmen zu und Forderungen nach der Einführung eines alternativen Zivildienstes (AZD) wurden lauter.

Heute durchläuft der bürgerliche Aktivismus in Russland eine schwere Krise. Wie später erläutert wird, waren eine Reihe von Faktoren, die mit der geopolitischen Situation und wachsender innerer Repression verbunden sind – begleitet von schikanösen Gesetzen (das auffälligste ist das Gesetz über ausländische Agenten, das seit 2012 in Kraft ist) und abnehmender finanzieller Unterstützung aus dem Ausland verantwortlich für einen erheblichen Verlust an Dynamik. Viele der ZGOs, die im politisch-militärischen Bereich aktiv waren, existieren nicht mehr, doch diejenigen, die weiterhin bestehen, sind unter denen, die sich in Russland für die Menschenrechte einsetzen, bekannt und werden von den lokalen *Silowiki* (Beamte der staatlichen Machtstrukturen) gefürchtet. Trotz ungünstiger Umstände bleiben überraschend viele Aktivisten im Feld engagiert und immer wieder tauchen neue Initiativen auf, wenn auch in geringerem Umfang.

Bürgerlicher Aktivismus im militärischen Bereich ist Teil dessen, was allgemein als „Beziehungen zwischen Gesellschaft und Militär“ (SMR) bezeichnet wird. Diese Beziehungen haben in den letzten zwei Jahrzehnten größere Transformationen erfahren.

1.1 WANDEL DER GESELLSCHAFT-MILITÄR-BEZIEHUNGEN

In der Ära nach dem Kalten Krieg hat sich die Verfasstheit des Militärs verändert – mit einer Tendenz hin zu einer kleineren und professionelleren, vielseitigeren Freiwilligenarmee. Gleichzeitig ist die Zivilbevölkerung sich der staatlichen Machtfülle bewusster und skeptischer ihr gegenüber geworden. In Zeiten beschleunigten sozialen Wandels (einschließlich gesellschaftlicher Emanzipation¹¹ und Transnationalisierung¹²), einhergehend mit allgemeinen sozio-ökonomischen Veränderungen, gibt es wachsende Anforderungen im Hinblick auf Transparenz, Rechenschaftspflicht und Beteiligung, auch im militärischen Bereich. Dies stellt die heutigen Entscheidungsträger und die militärische Führung vor neue Probleme der Legitimation. Unabhängig vom Charakter des politischen Systems (konsolidierte Demokratie, Transformationsstaat oder Autokratie) fürchten die militärischen und

politischen Eliten die Beteiligung von Zivilisten und speziell von ZGOs im Sicherheits- und Verteidigungssektor, da sie diesen Bereich noch immer als exklusive Domäne staatlicher Macht betrachten.

Parallel zu den sich entwickelnden Herausforderungen in der realen Welt nahmen auch die wissenschaftlichen Debatten eine neue Denkweise an. Mit den Paradigmenwechseln in den frühen 1990er Jahren, als konstruktivistische Ansätze Eingang in die soziologische Militärforschung fanden (siehe Buzan et al. 1998), begann eine andere Auffassung von Sicherheit Fuß zu fassen – weg von einer nationen- und militärzentrierten hin zu einer stärker menschenbezogenen Vorstellung. Der sich verändernde Charakter des Sicherheitssektors und ein Bewusstsein für das Wechselverhältnis von Sicherheit und Governance führten zu akademischen Debatten über „Sicherheitssektor Governance“ (Hänggi 2003), die sich darauf konzentrieren, wie die Sicherheitsinstitutionen des Staates nicht nur im Verhältnis zu staatlichen Institutionen, sondern auch zu anderen Akteuren unterhalb und jenseits der staatlichen Ebene operieren und sich verhalten.

Dieses Buch hinterfragt die vorherrschenden Konzepte in der Literatur, die eine realpolitische Sicht auf die zivil-militärischen Beziehungen (ZMB) einnehmen und nationale Interessen sowie Fragen der Machtmaximierung in den Mittelpunkt stellen. Aus einer kritischen Perspektive heraus wird es sich mit den dahinterstehenden Interessenkonstellationen befassen, die von der traditionellen Forschung zu den ZMB bedient werden. Das Hauptziel besteht demnach darin, die Notwendigkeit einer Forschung herauszustellen, in der die vom Agieren des Militärapparats betroffenen Einzelpersonen und Gruppen nicht mehr bloße Objekte am Rand der Debatte darstellen, sondern in deren Zentrum gerückt werden. Damit wird der Fokus weg von den eher im Blick befindlichen Themenfeldern in Bezug auf das politisch-militärische Wechselverhältnis hin zu weniger sichtbaren Aspekten der Beziehungen zwischen Gesellschaft und Militär verlagert, genauer: zu den Interessen, Bedürfnissen und Anliegen der sozialen Akteure in diesem Verhältnis.

1.2 BESTEHENDE FORSCHUNG UND THEORETISCHE GRUNDLAGEN

Der in der Literatur zu Demokratisierung und Transition bestehende Konsens im Hinblick auf die zivile Kontrolle der Streitkräfte als notwendiger Bedingung für Demokratie (siehe zum Beispiel Dahl 1971; O'Donnell und Schmitter 1986; Diamond 1999) ist der normative

Ausgangspunkt, von dem aus dieses Buch eine Analyse der theoretischen Bedeutung der zivilen und, noch wichtiger, öffentlichen Kontrolle der Streitkräfte für zeitgenössische Gesellschaften unternimmt. Die meisten klassischen Studien auf dem Gebiet der ZMB sind auf den Staat und die Exekutive ausgerichtet, wobei sie sich ausschließlich auf die Austarierung der Macht zwischen Militärvertretern und politischen Entscheidern konzentrieren (siehe Huntington 1957; Finer 1962; Desch 1999; Fearer 2003; mit Bezug zu Russland: Herspring 1996; Taylor 2003; Betz 2004). In dieser Hinsicht wurde der Zusammenhang zwischen Militärputschen, politischem System und politischer Kultur ausreichend untersucht. Verschiedene Autoren sind heute der Ansicht, dass unter ziviler Kontrolle nicht einfach die Abwesenheit oder Verhinderung von Militärputschen verstanden werden kann (siehe zum Beispiel Croissant et al. 2011, 77). Wie Taylor treffend feststellt, „ist die Frage [...] nicht, *ob* die Armee unter ziviler Kontrolle steht, sondern unter *wessen* Kontrolle“ (Taylor 2003, 338, Hervorhebungen im Original).

In Entsprechung zu den „second-generation-Kriterien“ für ZMB und zivile Kontrolle als ihrem normativen Kern (siehe Cottey et al. 2002) findet in der Literatur eine Verschiebung von einem staats- und institutionsbasierten zusammenschreiben einem akteurs- und handlungsbasierten Konzept von Kontrolle statt. Diesem Ansatz folgend verlagert das Buch den Fokus von den traditionellen institutionellen Mechanismen ziviler Kontrolle, einschließlich rechtlicher und normativer Vorgaben zur Regulierung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, auf die Ebene von Akteuren vor Ort, die für die Umsetzung der zivilen und öffentlichen Kontrolle zuständig sind. Darüber hinaus verschiebt sich der Fokus von der umfangreichen Forschung zu ziviler Kontrolle in konsolidierten Demokratien und Staaten in Transition in den Kontext autoritärer Systeme, indem die Korrelation zwischen dysfunktionaler ziviler Kontrolle und dem Abbau demokratischer Strukturen genauer untersucht wird. Das Augenmerk wird ebenfalls auf die Besonderheiten des zivilgesellschaftlichen Aktivismus im Kontext autoritärer Systeme gelegt (siehe auch Cavatorta 2013) sowie auf das Phänomen der Kooptierung bürgerlicher Akteure und ihre Einbeziehung in institutionelle Aufbauprozesse durch autokratische Staaten zum Zweck der Kontrolle der Zivilgesellschaft und der Stabilisierung des Regimes (siehe unter anderem Gandhi und Przeworski 2007).

Statt einen holistischen Ansatz für ZMB anzuwenden – wie dies häufig getan wird –, ist es sinnvoll, sich auf bestimmte Teilaspekte zu kon-

zentrieren, wie zum Beispiel die Rolle der verschiedenen Akteure in der jeweiligen Konstellation und ihren Diskurs, ihr Verhalten und ihre Motivation. Insbesondere die Rolle der Zivilbevölkerung wie der Gesellschaft insgesamt bei der Kontrolle und Überwachung des Militärs wurde lange Zeit außer Acht gelassen. Daher ist der Anteil an Forschung und Literatur für dieses Teilgebiet der Theorie der ZMB noch relativ überschaubar. Dass die „öffentliche Kontrolle“ der Streitkräfte bisher nur marginale Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, spiegelt die Auffassung wider, dass es entweder nicht die Aufgabe der Zivilbevölkerung und nichtstaatlicher Akteure ist, die Streitkräfte zu überwachen, oder dass ihnen die demokratische Legitimation dafür fehlt (siehe auch Kap. 3). Als Folge davon bleibt eine erkennbare Lücke in der Erhebung von Daten und der empirischen Analyse im Hinblick auf den Grassroots-Aktivismus im politisch-militärischen Bereich, vor allem hinsichtlich der verbreiteten sozialen Praktiken und Motivationen der betreffenden Akteure. Es existiert auch nur in eingeschränktem Umfang Forschung zu den Ursachen, weshalb die Etablierung institutioneller Mechanismen demokratischer ziviler Kontrolle und die Bemühungen der zivilgesellschaftlichen Akteure, dieses Defizit auszugleichen, scheitern. Ebenso wenig wurden die öffentlichen und zivilgesellschaftlichen Initiativen in der Russischen Föderation, die sich dem militaristischen Erbe und entsprechenden Traditionen im Land widersetzen, angemessen unter diesem Blickwinkel untersucht. Dieses Buch will einige dieser Lücken schließen und zusätzlich das allgemeine Manko vieler westlicher Studien zu Russland überwinden, die die umfangreiche russische (bzw. russischsprachige) Literatur ignorieren oder gleichzeitige wissenschaftliche Debatten in Russland nicht zur Kenntnis nehmen.

Grassroots-Aktivismus im politisch-militärischen Bereich geht unweigerlich durch Phasen der Auseinandersetzung mit den herrschenden Eliten. Nach meiner Argumentation erscheint es daher angemessen, die Theorie der ZMB für das ergiebige Forschungsfeld der sozialen Bewegungen zu öffnen. Wesentliche Aspekte diesbezüglich sind Gelegenheitsstrukturen und allgemeiner die politischen Kontexte. Wie Tilly und Tarrow bin ich der Ansicht, dass wir nur durch Überwindung der ohnehin ungenauen Grenze zwischen institutionalisierter und nicht-institutionalisierter Politik ein besseres Verständnis der Dynamik von „Contentious Politics“ gewinnen können (Tilly und Tarrow 2007, 124) – als einer von vielen Erscheinungsformen, die für das Verhältnis von Zivilpersonen und staatlichen Machtstrukturen charakteristisch sind.

Um die konflikthafter Beziehungen und Wechselwirkungen zwischen Institutionen / staatlichen Strukturen und kollektivem Handeln / Agency (der Zivilbevölkerung) zu analysieren, wählt das vorliegende Buch für das Themenfeld Interessenvertretung und Geltendmachung von Ansprüchen im politisch-militärischen Bereich einen Zugang, der sowohl struktur- als auch akteurszentriert ist, was zu einer Kombination mehrerer theoretischer Perspektiven führt. Diese bilden die Grundlage für die drei empirischen Kapitel. Kurz gesagt: der historisch-institutionalistische Ansatz (Mahoney und Thelen 2010) bestimmt die diesem Buch zugrunde liegende Definition von „Institution“ und bildet die Basis für eine Darstellung der historischen Entwicklung institutioneller Mechanismen der Kontrolle durch „Öffentlichkeit“ und „Volk“ in Russland seit der Sowjetzeit. Die Theorie sozialer Praktiken (Giddens 2007 [1984]) dient als Rahmen für die Analyse der Narrative von Graswurzel-Aktivistinnen zu fortbestehenden „Praktiken“ öffentlicher Kontrolle, deren Routinisierung sowie deren Potenzial für eine Institutionalisierung vor dem Hintergrund struktureller Restriktionen. Schließlich bietet „Contentious Politics“ (McAdam et al. 2001) ein theoretisches Raster für eine Fallstudie, die sich mit der Auseinandersetzung zwischen zivilen Aktivistinnen und Militärlobby im Zusammenhang der Genese des russischen Gesetzes über den alternativen Zivildienst zwischen 2000 und 2006 befasst. Ziel ist es, den Einfluss zu untersuchen, den zivilgesellschaftliche Aktivistinnen zu diesem Zeitpunkt auf den gesetzgeberischen Prozess, die politische Entscheidungsfindung sowie die öffentliche Meinung ausgeübt haben.

Eines der Hauptziele dieses Buches ist es, den Kerngedanken ziviler Kontrolle neu zu formulieren und auf einen konkreten Fall anzuwenden. Beabsichtigt ist dabei, die Ausgestaltung ziviler Kontrolle in ihren einzelnen Elementen zu analysieren, um nicht nur das theoretische Verständnis dieses Konzepts zu verbessern, sondern auch dessen aktuelle empirische Realitäten besser zu erfassen, wie zum Beispiel die zunehmende Bedeutung und Emanzipation zivilgesellschaftlicher Akteure. Dieses erweiterte Modell ziviler Kontrolle wird „idealtypisch“ konstruiert – als Komplex von Prinzipien und Praktiken, die aus internationalen Normen und Vereinbarungen abgeleitet werden, deren Regeln wiederum auf empirischen Erfahrungen und Datenmaterial teilnehmender Staaten basieren, sowie auf bereits in der Literatur vorliegenden Konzepten.¹³ Die Notwendigkeit hierfür ergibt sich aus: 1) der Postulierung

einer „neuen Forschungsagenda für die zivil-militärischen Beziehungen“ in der relevanten Literatur (siehe unter anderem Forster 2002); 2) der Feststellung, dass es eine Forschungslücke in Bezug auf eine systematische Analyse ziviler und öffentlicher Kontrolle gibt, die struktur- und handlungsorientierte Ansätze miteinander verbindet; und 3) der Anforderung, dieses erweiterte Modell auf den Kontext eines autoritären Systems anzuwenden und so zu einer Forschung beizutragen, die sich mit den Folgen einer dysfunktionalen zivilen Kontrolle für die ZMB hinsichtlich einer Regression der Demokratie beschäftigt.

1.3 WESENTLICHE ANNAHMEN UND UNTERSUCHUNGSGEGENSTAND

Wie den bisherigen Ausführungen zu entnehmen ist, geht es in diesem Buch im Kern um die Defizite sowohl in der theoretischen Konzeption als auch in der realen Umsetzung ziviler und öffentlicher Kontrolle der Streitkräfte. Dem liegen drei Annahmen zugrunde: Erstens bestätigen vorhandene Forschungsergebnisse (für Einzelheiten siehe Kap. 4), dass die parlamentarischen Kontrollbefugnisse hinsichtlich der Streitkräfte und der auf das Militär bezogenen Entscheidungsprozesse oft bloß schwach ausgebildet sind – unabhängig vom politischen System und dem jeweils herrschenden politischen Regime, das die Kontrolle ausübt. Mit anderen Worten: Die bestehenden institutionellen Voraussetzungen für die zivile und, mehr noch, demokratische Kontrolle sind in vielen Staaten heute unzureichend. Die zweite Annahme lautet, dass in vielen Bereichen der Öffentlichkeit, einschließlich des politisch-militärischen Bereichs (siehe Kap. 2), ein Prozess der Emanzipation und Transnationalisierung zivilgesellschaftlicher Akteure stattfindet. Die dritte Annahme postuliert, dass eine verstärkte Interaktion zwischen zivilen Aktivisten und staatlichen Machtstrukturen stattfindet, die im Zusammenhang öffentlicher Kontrolle Auswirkungen zeigt. Diese Annahme beinhaltet, dass bestimmte Formen kollektiver Handlungen im politisch-militärischen Bereich das Potenzial haben, ein dauerhafter Bestandteil des Systems politischer Interessensvermittlung zu werden. Anders ausgedrückt: Sie werden institutionalisiert,¹⁴ unabhängig davon, ob dies als positive oder negative Entwicklung angesehen wird.

Der Gegenstand der Untersuchung ist dementsprechend zweigeteilt und umfasst vier Hauptfragen – auf theoretischer Ebene: 1) Was ist zivile Kontrolle der Streitkräfte, welche Funktion hat sie und welche

Zielsetzung ist mit ihrem öffentlichen Subtyp verbunden?; auf empirischer Ebene: 2) Warum und wie ist die öffentliche Kontrolle, historisch gesehen, im spezifischen Fall Russlands entstanden?, 3) Wie funktioniert sie vor Ort und welche Form hat sie überwiegend im postsowjetischen Russland?, 4) Unter welchen Bedingungen kann sie wirksam sein und welchen Einfluss kann öffentliche Kontrolle auf die Politikgestaltung haben?

1.4 WARUM RUSSLAND?

Das Fallbeispiel Russland verspricht wertvolle Einsichten im Hinblick auf die Bedeutung öffentlicher Kontrolle in einem Staat, in dem institutionelle Mechanismen demokratischer Kontrolle defizitär sind oder sogar vollständig fehlen. Darüber hinaus veranschaulicht es sehr gut, wie einige wenige engagierte zivile Aktivisten versuchen, das Fehlen von Kontrolle auf institutioneller Ebene zu kompensieren.

Im Wissen um die Grenzen seines Verallgemeinerungspotenzials wurde Russland trotzdem als Fallbeispiel ausgewählt, da es sich in gewisser Weise um einen „Extremfall“ handelt (Gerring 2007, 101–102). Es weist eine stark militarisierte Gesellschaft auf¹⁵, in der die Bedingungen für zivilgesellschaftliches Engagement eher ungünstig sind, da der paternalistische Staat eigenständige Formen desselben entweder unterdrückt oder versucht, diese zu vereinnahmen.

Trotz des nachteiligen Umstands eines allgemein schwachen zivilgesellschaftlichen Sektors existiert in Russland (noch) ein zwar randständiges, jedoch widerstandsfähiges Spektrum von ZGOs, das sich in der Überwachung der Streitkräfte und für den Schutz der Rechte von Soldaten engagiert.¹⁶ Das gibt ein Rätsel auf. Überdies ist öffentliche Kontrolle im postsowjetischen Raum kein neues Phänomen. Obwohl das Konzept der „zivilen Kontrolle“ aus der zu den ZMB vorhandenen Literatur übernommen wurde, wurde das Konzept „öffentlicher Kontrolle“ nicht allein durch sozialwissenschaftliche Theorien vorgegeben. Die Interviewpartner und Akteure vor Ort haben den Begriff der *obschtschestwennyi kontrol'* selbst geprägt. Tatsächlich haben Kontrolle und Nachvollziehbarkeit im öffentlichen Leben Russlands immer eine wichtige Rolle gespielt. Die öffentlichen gesellschaftlichen Debatten über „zivile“ (*grazhdanskii*) und „öffentliche“ (*obschestvennyi*)¹⁷ Kontrolle lassen sich bis in die sowjetische Zeit zurückverfolgen. In den vergangenen Jahren scheinen sie allerdings einen neuen Höhepunkt erreicht zu haben. Mit

Beginn der zweiten Präsidentschaft Wladimir Putins im Jahr 2004 wurden neue Institutionen, die sogenannten öffentlichen Beratungsgremien (ÖBGs), geschaffen, deren Agenda von sehr speziellen Vorstellungen von politischer Kultur, Staat sowie der Rolle von und Teilhabe durch Bürgerinnen und Bürger bestimmt wird.

1.5 REKRUTIERUNG UND WEHRPFLICHT ALS BESONDERER SCHWERPUNKT

Die Bedeutung des Schutzes und der Verteidigung der Rechte von Wehrpflichtigen und Angehörigen der Streitkräfte in der russischen Gesellschaft ist bereits angesprochen worden. Qua Gesetz¹⁸ sind junge Männer in Russland zur Ableistung des Wehrdienstes verpflichtet. Jedes Jahr werden 300.000 Wehrpflichtige im Alter zwischen 18 und 27 Jahren zum Dienst in einem der Bereiche des riesigen russischen Militärapparates eingezogen. Seit 2004 sieht das Gesetz die Möglichkeit vor, sich für einen alternativen Zivildienst (AZD) als Ersatzdienst zu entscheiden.¹⁹ Jedoch werden Informationen darüber in Bildungseinrichtungen oder in den Medien mit Absicht nicht verbreitet, sodass diese Möglichkeit der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt ist.

Die allgemeine Wehrpflicht ist in der russischen Gesellschaft allerdings weiterhin sehr unpopulär. Die meisten Teilnehmer von Meinungsumfragen wollen aufgrund des Rufes der Armee in Bezug auf Misshandlungen entweder nicht selbst dienen oder sehen es nicht gerne, wenn ihre Angehörigen dienen²⁰. Mit anderen Worten: Die Haltung der russischen Bevölkerung gegenüber der Wehrpflicht und der Armee generell ist hoch ambivalent. In den Worten von Betz und Plekhanov: „Die öffentliche Einstellung zur Armee ist ein Gemisch aus traditioneller Anerkennung, Angst, Sympathie und Gleichgültigkeit“ (2004, 168). Der Einberufungsprozess und die Wehrdienst Erfahrungen werden von vielen als „Ritus des Erwachsen werdens“ wahrgenommen, sind in Wirklichkeit aber für junge Männer eher abträglich. Außerdem können viele aufgrund ihrer Wehrdienstverpflichtungen ihre Bildungsziele nicht erreichen oder den von ihnen bevorzugten Berufsweg nicht einschlagen. Daher versuchen viele Wehrpflichtige aktiv, die Einziehung zu vermeiden²¹.

Einberufung und Wehrdienst stellen somit für die Zivilbevölkerung eine Art „Pforte“ dar, um einen Einblick in das Innenleben des Militärapparates zu erhalten. Dies kann als Politikfeld bzw. Kernthema für die Auseinandersetzung zwischen Wehrpflichtigen (als eine der

vulnerabelsten Gruppen in der Gesellschaft) und zivilgesellschaftlichen Akteuren (die in ihrem Namen handeln) auf der einen Seite sowie dem Militär bzw. den zuständigen Einberufungsbehörden auf der anderen Seite herangezogen werden. Die Schwerpunktsetzung auf die Organisation der Einberufung und die Handhabung der Einberufungsverfahren bietet nicht nur einen aufschlussreichen analytischen Einstieg, sondern hilft auch dabei, den Forschungsgegenstand im weiten Feld der ZMB einzugrenzen. Aus diesem Grund wurde ein besonderer Schwerpunkt auf die Themen Einberufung und allgemeine Wehrpflicht gelegt.

1.6 METHODISCHE ASPEKTE

Das Ziel dieses Buches ist es, zu untersuchen, wie soziale Phänomene außerhalb der offiziellen staatlichen Institutionen die offizielle Politik beeinflussen. Konkret soll nachgewiesen werden, wie relevant der Grassroots-Aktivismus in den Gesellschaft-Staat-Militär-Beziehungen für die Politikanalyse und die politische Entscheidungsfindung ist. Deshalb werden die Daten zu sozialen Phänomenen vor dem Hintergrund ihrer politischen Relevanz und der Konsequenzen für das betroffene politische System interpretiert. Entsprechend werden sowohl politikwissenschaftliche als auch soziologische Ansätze kombiniert, um das Verhältnis zwischen staatlichen Machtstrukturen und zivilgesellschaftlichen Aktivisten näher in den Blick zu nehmen. Die gewählte Vorgehensweise ist interdisziplinär, wobei verschiedene Methoden der Sozialwissenschaften miteinander kombiniert werden, und zwar die qualitativ-interpretative Analyse narrativer Interviews (Kap. 6 und 7), ethnographische Methoden (wie die Beobachtung von Teilnehmern als Ergänzung zum Interviewmaterial, Kap. 7 und 8), die strukturierte Inhaltsanalyse politischer und rechtlicher Primärtexte (Kap. 5 und 8) sowie die fallorientierte Process Tracing-Analyse zur Auswertung von über einen längeren Zeitraum erhobenen Daten (Kap. 8)²².

44 Interviews wurden in der Russischen Föderation zwischen Oktober 2012 und November 2014 durchgeführt.²³ Das Hauptziel war es, ein aussagekräftiges Porträt des zivilgesellschaftlichen Aktivismus „von unten“ im politisch-militärischen Sektor in den russischen Provinzen zu erhalten. Daher wurde die Auswahl von Organisationen, Initiativen und Interviewpartnern nicht auf solche beschränkt, die auf der Ebene föderaler Politik in Moskau und St. Petersburg aktiv sind. Einer der Hauptgründe ist, dass Akteure in diesen beiden Städten den Kontakt mit westlichen Organisationen gewohnt sind, häufig von westlichen